



Beschlussvorlage Federführend: Fachdienst Ordnungswesen	Vorlagennummer:	2019/540
	Status:	öffentlich
	Datum:	26.09.2019

Beratungsfolge (Zuständigkeit)	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für zentrale Verwaltung und Feuerschutz (Vorberatung)	21.10.2019	Ö
Kreisausschuss (Vorberatung)	23.10.2019	N
Kreistag des Landkreises Peine (Entscheidung)	23.10.2019	Ö

Im Budget enthalten:	ja	Kosten (Betrag in €):	0 €
Mitwirkung Landrat:	ja	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	ja
Prävention/Nachhaltigkeit	ja	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	nein		

Antrag des KTA Samieske, DIE LINKE, "Sicherer Hafen; Rettung von Menschen in Seenot"

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag unterstützt wie zahlreiche andere Kommunen der Region die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“
2. Der Kreistag appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effizientere Entwicklungshilfepolitik und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden.

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die im Kreistag vertreten sind, bekennt dieser sich zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Der Kreistag appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer einzusetzen sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen. Die Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der

aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.

Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot geretteter Menschen muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen. Die Aufnahme der Menschen und die Durchführung der Asylverfahren darf nicht allein Aufgabe weniger europäischer Mittelmeerstaaten sein. Europa trägt insgesamt Verantwortung. Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland soll sich für gemeinsame europäische Lösungen einsetzen.

Ziele / Wirkungen:

Die Kreispolitik setzt damit ein Zeichen gegen Gleichgültigkeit und Ignoranz.

Ressourceneinsatz:

Keine

Schlussfolgerung:

Der Beschluss wird in der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Anlagen

Antrag des KTA Samieske DIE Linke vom 31.07.2019

Dieter Samieske
Am Dilsgraben 14
31224 Peine
Mitglied der Kreistages, DIE LINKE.

Peine, 31.07.2019

An den Landrat des Kreises Peine Herrn Franz Einhaus

Betrifft: Seenotrettung

Sehr geehrter Herr Landrat Einhaus,

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag Peine verurteilt jede Behinderung und Kriminalisierung der Seenotrettung.
2. Der Kreistag erklärt sich solidarisch mit der Initiative Seebrücke, der sich viele Städte, Kreise und Gemeinden angeschlossen haben (u.a. Berlin, Hannover, Hildesheim, Wolfenbüttel). In der Initiative wird zugesichert aus dem Mittelmeer Gerettete aufzunehmen.
3. Der Kreistag befürwortet ausdrücklich, dass sich der Kreis Peine zu einem „sicheren Hafen“ erklärt und bereit ist, für die Aufnahme, Unterbringung und den Aufenthalt von in Seenot geratenen Menschen entsprechende eigene Maßnahmen zu treffen. Da für die Zuweisung von Geflüchteten das Land Niedersachsen zuständig ist, soll es sich bei dem Beitrag des Landkreises Peine um einen symbolischen Akt im Rahmen der Möglichkeiten Landkreises handeln.

Begründung:

Unabhängig davon, wie man zur europäischen Grenzpolitik und zu den Verteilungsmechanismen von Geflüchteten innerhalb der EU steht und wie man Zuwanderung nach Europa und Deutschland bewertet: Keine Doktrin und kein politisches Konzept rechtfertigt es, das Retten von Menschen aus Seenot zu behindern.

Die Pflicht zur Rettung von Menschen in Seenot ist als Ausdruck der Menschlichkeit tief verankert in der jahrhundertealten maritimen Tradition und im internationalen Seerecht. Irrelevant ist dabei, ob die Notlage von den zu rettenden Personen „selbst und/ oder schuldhaft“ herbeigeführt wurde.

Wenn zivile Initiativen sich entschließen, Menschen vor dem sicheren Tod auf See zu retten, müssen sie unterstützt und dürfen nicht bestraft werden. Sie versuchen, eine Lücke zu füllen, die die Einschränkung staatlicher europäischer Seenotrettungsmissionen hinterlassen hat. Gleiches gilt für Handelsschiffe, die ihrer rechtlichen und humanitären Verpflichtung nachkommen.

Hochachtungsvoll



Dieter Samieske KTA

Referat Landrat
LR EKR I II III
FD: *Ab*
Eingang 31. JULI 2019
erforderlich: zur weiteren Bearbeitung
 Bericht Rücksprache LR
Sonstiges: Kenntnis zum Verbleib
WV: _____ Hz: *SK*

